



# Lewisham (London)

## Gegen diskriminierende Behörden vorgehen

### Inhalt

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

3. Ausgewählte lokale Ansätze

3.1. 'Hostile Environment' selbstbestimmt herausfordern

3.2. Kampf gegen die Gebühren für die Gesundheitsversorgung  
von Migrant:innen

3.3. Unterstützung von Einwohner:innen während der  
Covid-Pandemie

4. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

# 1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

## Wichtigste Erkenntnisse

### 1

Der Stadtrat hat die Bedeutung von "Sanctuary" (Zuflucht) im Vereinigten Königreich erweitert, um Probleme von Migrant:innen aller Art, nicht nur von Asylbewerber:innen und anerkannten Flüchtlingen, anzugehen.

### 2

Migrant:innen beteiligten sich an der Gestaltung, wie ein "Sanctuary Borough" (Sicherer Bezirk) aussehen sollte. Dadurch konnten sie ihre politische Handlungsfähigkeit zurückgewinnen und als Expert:innen auf dem Gebiet der Migrationspolitik anerkannt werden.

## Was ist das Besondere an der Stadt?

**Zusammenarbeit mit Anwohner:innen und Organisationen:** Lewisham verpflichtete sich 2018 als erster Londoner Stadtteil, ein 'Borough of Sanctuary' zu werden, und kooperiert seitdem eng mit der Zivilgesellschaft. Durch die direkte Zusammenarbeit mit Menschen, die von der nationalen 'Hostile-Environment'-Politik ('Feindliches Umfeld' – siehe Länderprofil UK) betroffen sind, konnte die Bezirksverwaltung in relativ kurzer Zeit Probleme angehen, die seit langer Zeit bestehen, und dabei die Interessen aller Migrant:innen einbeziehen. Lewisham zeigt, wie lokale Behörden auf Probleme reagieren können, die von migrantischen Communitys selbst identifiziert wurden.

## Wo liegt der Schwerpunkt der lokalen Migrationspolitik? Was sind die Schlüsselfaktoren?

**Widerstand gegen die nationale Politik des 'Hostile Environment':** In Lewisham reagierte die Stadtverwaltung auf Aktivismus, Kampagnen und Forderungen der Anwohner:innen. Infolgedessen schwächte sie die nationale 'Hostile Environment'-Politik ab und verbesserte mit vielen kleineren Maßnahmen die Lebensbedingungen von Migrant:innen. Der Ansatz ist deshalb progressiv, weil Migrant:innen sich direkt an der Gestaltung des 'Sanctuary Borough' beteiligen und somit die lokale Politik in ihrem Sinne beeinflussen.

## Was sind die größten Erfolge?

Veränderung der lokalen Sozialhilfe Teams: Bis vor kurzem hielt die Bezirksverwaltung von Lewisham migrantische Familien – denen der

Zugang zu öffentlichen Mitteln mit ihrer Aufenthaltserlaubnis verwehrt wird (auch 'NRPF-Familien', 'No Recourse to Public Funds') - hartnäckig davon ab, ihre Rechte auf Betreuung, Unterkunft und finanzielle Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Letztlich reagierte die Verwaltung auf die Kampagne einer Gruppe von Eltern mit Migrationsgeschichte. Sie ließ das zuständige NRPF-Team unabhängig überprüfen. Seither bietet es kostenlose Rechtsberatung für Migrant:innen an, die keine Aufenthaltsgenehmigung besitzen oder denen der Zugang zu öffentlichen Mitteln verwehrt wird. Zudem schulten Migrant:innen den Bezirksrat zu Fragen der Fallbeurteilung und wurden somit aufgrund ihrer konkreten Lebenserfahrung als Expert:innen im Feld der Migrationspolitik anerkannt.



### Bevölkerung

305.842

### Lage

Südostengland, Stadtbezirk von London

### Bürgermeister:in

Damien Egan (Labour Party)

## Politische Arbeit über die lokale Ebene hinaus

Lewisham trug zu einem umfassenderen Verständnis des Begriffs der 'Zuflucht'/'Sanctuary' bei, der auch die Rechte von Migrant:innen einschließen sollte. Diese Erweiterung stellt einen entscheidenden Beitrag zur nationalen 'Sanctuary'-Debatte dar, die sich bisher nur auf Asylsuchende und Geflüchtete konzentrierte. Der Ansatz von Lewisham wird der sozialen Komplexität von Großstädten gerecht, wo Migrant:innen in unterschiedlichsten prekären Einwanderungsverhältnissen leben.

## 2. Lokaler Hintergrund und Kontext

*Lewisham ist ein wichtiges Beispiel für die Entwicklung der 'Sanctuary Cities' in Großbritannien. In relativ kurzer Zeit haben zivilgesellschaftliche Organisationen den Diskurs über 'Zuflucht' genutzt, um Veränderungen bei langjährigen lokalen Problemen herbeizuführen, die verschiedene Migrant:innen betreffen. In diesem Prozess hat die Initiative 'Lewisham Borough of Sanctuary' erfolgreich soziale Rechte, interkulturelle und politische Inklusion und institutionalisierte Diskriminierung von Menschen mit prekärem Migrationsstatus thematisiert.*

Lewisham liegt im Großraum London, einer Stadt, in der bis zu einem Drittel der neun Millionen Einwohner:innen ausländische Staatsangehörige sind. Diese Vielfalt wird von den Einwohner:innen im Allgemeinen geschätzt, vor allem in Lewisham, **wo sich die Zivilgesellschaft seit langem gegen die Diskriminierung von migrantischen Communitys wehrt**. Dennoch gibt es in der Stadt immer noch eine beträchtliche Anzahl von Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, vor allem in Lewisham. Dies trägt erheblich zur **weit verbreiteten Kinderarmut und Arbeitslosigkeit** bei, die für den Großteil des Bezirks charakteristisch sind. Im Jahr 2018 griff die neu gewählte Bezirksverwaltung von Lewisham dieses Spannungsfeld auf, indem sie sich in ihrer **Gesamtstrategie 2018–2022** dazu verpflichtete, ein Stadtbezirk der Zuflucht ('Borough of Sanctuary') zu werden. Bemerkenswert an Lewisham ist, dass sich die Bezirksverwaltung bereits vor dem Entstehen einer Graswurzelbewegung dazu verpflichtet hatte. Dies schuf einen fruchtbaren Boden für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und gemeinnützigen Organisationen im Rahmen des Sanctuary-Ansatzes.

## Fahrt gewinnen: Die Sanctuary-Kampagne

Die Bewegung 'Lewisham Borough of Sanctuary' kam erst richtig in Schwung, als das **Lewisham Refugee & Migration Network (LRMN)** – ein Zentrum, das seit über 20 Jahren Migrations- und Sozialberatung anbietet – mit seiner 'Sanctuary Campaign' andere Akteur:innen der Zivilgesellschaft einbezog. Mit bezahlten Mitarbeiter:innen konnte LRMN die notwendigen Ressourcen bereitstellen, um die Bewegung zu etablieren, was anderen Initiativen in London nicht möglich war. Am 19. Juni 2019 kamen so über 70 Organisationen des gemeinnützigen Sektors, Unternehmen, Institutionen und Einwohner:innen mit dem Bezirksrat zusammen, um ihre Unterstützung dafür zuzusichern, dass Lewisham Londons erster 'Sanctuary Bezirk' werden sollte. Seitdem haben verschiedene Gruppen die Zusage der Bezirksverwaltung genutzt, um bereits bestehende Willkommenspraktiken weiterzuentwickeln und seit langem bestehende Probleme zu lösen.

## Solidarität statt Wohltätigkeit

Die Migrations- und Integrationspolitik von Lewisham leistet einen wichtigen Beitrag zur Zufluchtpolitik in Großbritannien. Dies spiegelt sich in den Partnerschaften wider, die zwischen dem Stadtrat und den im Bezirk etablierten zivilgesellschaftlichen Organisationen entwickelt wurden, und in den Auswirkungen, die sich daraus für den differenzierten Umgang mit den sozialen Rechten von Migrant:innen ergeben haben. Ebenso deutlich wird dies in der Förderung der politischen Partizipation von Migrant:innen unterschiedlicher Herkunft, sowohl innerhalb der Bewegung selbst als auch bei der Erarbeitung lokaler Lösungen für die staatliche Politik des 'Hostile Environment'. Es ist ein beispielhafter Ansatz, von dem andere Gruppen lernen können.

**„Ich denke, was in der Sanctuary-Bewegung und im Bereich der Migration im Allgemeinen wirklich gefehlt hat, ist, dass die Menschen einfach nicht daran glauben, dass Geflüchtete und Migrant:innen in der Lage sind, selbst etwas zu verändern. Die Menschen sehen sie als ein Problem, das es zu lösen oder als eine Krise, die es zu bewältigen gilt, und nicht als Menschen, mit denen man gemeinsam Macht und Solidarität aufbauen kann.“**

Interview mit einer Mitarbeiterin der Migrant:innen Hilfe in Lewisham

Ein wichtiger Kritikpunkt an der Bewegung City of Sanctuary UK ist, dass viele der städtischen Initiativen (und das Netzwerk selbst) fast immer von Personen gegründet und geleitet werden, die weder Asyl suchen noch einen irregulären Status haben. Lewisham Borough of Sanctuary hat vor diesem Hintergrund durch die 'Listening Campaign' und das Lewisham Migration Forum von Beginn an einen partizipativen Ansatz entwickelt.

Die Listening Campaign wurde vom Lewisham Refugee and Migrant Network (LRMN) auf der Grundlage der Community-Organisationsstrategien von Citizens UK entwickelt – einem europaweiten, mitgliederbasierten Netzwerk, das die Kapazitäten des gemeinnützigen Sektors, aus Freiwilligen und Basisgruppen aufbaut. Ziel der Aktion war es, Gespräche mit den Einwohner:innen mit Migrationsgeschichte darüber zu führen, wie ein 'Borough of Sanctuary' aus ihrer Sicht aussehen würde und die Bezirksverwaltung über die sie konkret betreffenden Fragen zu informieren.

Das Lewisham Migration Forum bietet einen Raum für Gemeinden, Unternehmen, Wohltätigkeitsorganisationen, Universitäten, die Bezirksverwaltung, Gesundheitsdienstleister und Einwohner:innen mit Migrationshintergrund, um Themen zu diskutieren, Ressourcen zu bündeln und die Migrations- und Integrationspolitik im Stadtbezirk zu verbessern. In den vergangenen zwei Jahren war das Forum eine wichtige Plattform für bereits bestehende Gruppen, um mit der Bezirksverwaltung in Kontakt zu treten und sie in Bezug auf eine Vielzahl von Themen zur Rechenschaft zu ziehen, wie zum Beispiel die **hohen Gebühren für undokumentierte Migrant:innen im Lewisham-Krankenhaus** (siehe Abschnitt 3.2) und aktueller, den Zugang zu sozialen Rechten für Asylsuchende (siehe Abschnitt 3.3).

### **Wie lässt sich die Politik des 'Hostile Environment' von unten bekämpfen?**

Es gibt fortschrittliche Ansätze, um Migrant:innen und Geflüchtete in den Prozess der Einrichtung von Zufluchtsorten einzubeziehen und staatliche Maßnahmen infrage zu stellen, die diese Gruppen isolieren und ihnen die politische Handlungsfähigkeit nehmen. Die politische Partizipation von Migrant:innen wurde auch im Rahmen der Kampagne 'No

Recourse to Public Funds' (NRPF) erfolgreich gefördert (siehe Abschnitt 3.1). NRPF bezieht sich auf eine britische Aufenthaltsbestimmung, die den Migrant:innen den Zugang zu bestimmten Sozialleistungen verwehrt. Im Laufe der Kampagne wandelte sich die Bezirksverwaltung von einem notorisch strengen Gatekeeper zur ersten lokalen Behörde, die eine unabhängige Überprüfung ihres NRPF-Teams durchführte. Das Team wurde von Migrant:innen-Familien selbst geschult.

Ein weiteres Beispiel dafür, wie Lewisham Borough of Sanctuary die Politik des 'Hostile Environment' auf lokaler Ebene infrage stellt, ist die Tatsache, dass die Organisation den Status als Borough of Sanctuary nutzte, um sich im Rahmen des Programms für die Ansiedlung schutzbedürftiger Personen (Vulnerable Persons Resettlement Scheme, VPRS) bei der Bezirksverwaltung für die Neuansiedlung von Familien und Kindern einzusetzen.

„In Lewisham gab es bereits all diese Organisationen und lokalen Strukturen zur Unterstützung von Migrant:innen. Aber die Borough-of-Sanctuary-Bewegung bot eine gute Möglichkeit, um alle an einen Tisch zu bringen, um gemeinsam zu kämpfen und die Bezirksverwaltung zu beeinflussen.“

## **Interview mit dem Lewisham Refugee & Migration Network**

Zunächst zögerte die Bezirksverwaltung von Lewisham, sich an dem Projekt zu beteiligen. Wieder einmal reagierte die Zivilgesellschaft und übte Druck aus. Eine Gruppe von Freiwilligen gründete die Organisation Lewisham Refugee Welcome und mietete ein Haus für eine neu angesiedelte Flüchtlingsfamilie an. Nachdem sie die örtliche Unterstützung gewinnen konnten, marschierte die Gruppe zur Bezirksverwaltung, um dem Bürgermeister von Lewisham den Hausschlüssel zu überreichen, sodass dieser keine andere Wahl hatte, als die Familien über das VRPS aufzunehmen. Seitdem hat die Bezirksverwaltung einen Projektleiter für den VPRS eingestellt, und inzwischen sind in Lewisham mehr geflüchtete Familien und Kinder durch das VPRS-Programm neu angesiedelt worden als in jedem anderen Stadtbezirk. Auch die Freiwilligen spielen weiterhin eine wichtige Rolle, da sie den nach Lewisham umgesiedelten Geflüchteten jeweils eine Person aus dem Bezirk zur Seite stellen, um ihnen bei der Aufnahme in der Nachbarschaft behilflich zu sein.

### **Liste der lokalen Initiativen, die mit der Verwaltung zusammenarbeiten:**

- ◆ **Lewisham Citizens**
- ◆ **Lewisham Refugee and Migrant Network**
- ◆ **Lewisham Refugee Welcome**
- ◆ **AFRIL**
- ◆ **Project 17**
- ◆ **Immigration Action Group**

## 3. Ausgewählte lokale Ansätze

### 3.1 'Hostile Environment' selbstbestimmt herausfordern

*Lewisham Borough of Sanctuary hat die Kultur des Misstrauens und des Rassismus gegenüber migrantischen Familien, die den Zugang zur Sozialversorgung benötigen, in der Bezirksverwaltung wirksam bekämpft. Diese hat sich von einem Gatekeeper zum ersten Bezirk entwickelt, der eine unabhängige Überprüfung seines NRP-Teams durchführte und es von Migrant:innen-Familien schulen ließ.*

Eine erfolgreiche gemeinsame Kampagne lokaler Aktivist:innen Netzwerke wandte sich gegen die diskriminierenden Praktiken des Lewisham Council. Seitdem hat die Bezirksverwaltung das Personal des Innenministeriums aus den Sozialhilfediensten abgezogen, eine unabhängige Überprüfung des NRP-Teams durchgeführt und eine spezialisierte Einwanderungsberatung für mittellose Migrant:innen in Auftrag gegeben. Vor allem aber hat die Bezirksverwaltung im Einklang mit ihrem Sanctuary-Borough-Status zugestimmt, an Schulungen teilzunehmen, die von den Eltern der Migrant:innen-Familien selbst entwickelt und durchgeführt werden:

**„Das war wirklich sehr aufregend, da es eine echte Machtverschiebung bedeutete. Anstatt der Bezirksverwaltung gegenüber hilflos zu sein, verfügen die Eltern tatsächlich über Macht. Dadurch haben sie einen Eindruck davon bekommen, was Kampagnenarbeit bedeutet, was sie dazu veranlasste, sich gegen andere Aspekte der 'Hostile-Environment'-Politik, die sie als Eltern vor Ort betreffen, zu positionieren.“**

Interview mit Citizens UK (Lewisham)

Die Bezirksverwaltung von Lewisham war wie viele andere lokale Behörden im ganzen Land an der Schaffung eines 'Hostile-Environment' in Großbritannien infolge **des Einwanderungs- und Asylgesetzes von 1999** mitbeteiligt, das die Bestimmung des 'No Recourse to Public Funds' einführte, was Personen mit befristetem Aufenthaltstitel den Zugang zu öffentlichen Leistungen wie Wohngeld, Kindergeld, Arbeitslosenunterstützung und Behindertenhilfe verwehrte.

Sind Kinder jedoch obdachlos oder arm (oder davon bedroht), haben die lokalen Behörden gemäß Abschnitt 17 des Kinderschutzgesetzes von 1989 eine Fürsorgepflicht in Form von Unterbringung und finanzieller Unterstützung für die Eltern, unabhängig von deren Aufenthaltsstatus. Von entscheidender Bedeutung ist, dass Abschnitt 17 aus den Eigenmitteln der lokalen Behörden finanziert wird und nicht von der Zentralregierung. Folglich stellte die NRP-Politik enorme finanzielle Anforderungen an die lokalen Verwaltungen, insbesondere an jene mit großen migrantischen Communities.

Zunächst entwickelte die Stadtverwaltung von Lewisham aggressive Strategien, um die Ausgaben für Abschnitt 17 zu reduzieren. Eine ihrer wichtigsten Praktiken bestand darin, Migrant:innen zu diskreditieren und ein Drittel aller Asylanträge als 'betrügerisch' abzulehnen. Sie drohten auch damit, Kinder in die Obhut der Sozialbehörden zu geben, um die Eltern davon abzuhalten, mit ihnen in Kontakt zu treten. Im Jahr 2017 wurden nur 20 Prozent der Anträge von der Bezirksverwaltung von Lewisham bearbeitet. Im selben Jahr stellte das Verwaltungsgericht fest, dass die Bezirksverwaltung in Bezug auf ihre NRPF-Verfahren rechtswidrig gehandelt habe. Das Gericht entschied, dass „Lewisham [die Bezirksverwaltung] den Fehler gemacht hat, zu glauben, dass es sich um einen Konflikt zwischen der Stadt und der Mutter des Beschwerdeführers“ handle. (VI, R (auf Antrag von) gegen London Borough of Lewisham).

## Druck von unten

Zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen wie AFRIL, Project 17 und Lewisham Refugee & Migrant Network (LRMN) führen seit langem schon Kampagnen gegen die NRPF-Praktiken der Bezirksverwaltung von Lewisham. Eine Kampagne von den Eltern der in der **St Mary's Primary School** eingeschulten Kinder war besonders wirkungsvoll. Lewisham Citizens und das **Coram Children's Legal Centre** unterstützten die Initiative und boten Schulungen zur Organisation von Gruppen und kostenlose Rechtsberatung an. Die Eltern erkannten die Probleme, mit denen sie als Einwohner:innen und Mitglieder der lokalen Gemeinschaft konfrontiert waren, und gründeten die Immigration Action Group. Neben der Kostenbelastung für Migrant:innen durch Krankenhäuser (siehe Abschnitt 3.2) stellten die Auswirkungen der NRPF für sie eine der größten Herausforderungen dar. Insbesondere hatten viele Eltern äußerst negative Erfahrungen mit der Stadtverwaltung von Lewisham gemacht, vor allem wenn sie versuchten, Zugang zur Sozialhilfe zu erhalten. Ein Elternteil sagte:

**„Ich bete nicht oft, aber wenn ich zur Bezirksverwaltung muss, um Unterstützung für meine Kinder zu bekommen, gehe ich in die Kirche und bete, dass sie mich wie einen Menschen und nicht wie ein Tier behandeln.“**

Zitiert aus einem Interview mit Citizens UK (Lewisham)

Die Eltern verlangten, dass die Bezirksverwaltung darin geschult wird, wie man mit Migrant:innen umgeht und NRPF-Bewertungen auf rücksichtsvolle und faire Weise durchgeführt werden. Sie wurden aktiv und starteten eine Kampagne, bei der sie den Bezirksrat Kevin Bonavia in die Schule einluden, um von ihren Erfahrungen mit der Bezirksverwaltung und den Auswirkungen auf ihr Leben zu berichten. Die Gruppe veranstaltete auch das Lewisham Migration Forum (siehe Abschnitt 3), mit dem sie die Bezirksverwaltung in praktischen Fragen zur Rechenschaft zogen.

## Rückeroberung der politischen Handlungsfähigkeit

Die Kampagne war sehr effektiv, und der Bezirksrat erklärte sich bereit, an einer Schulung teilzunehmen, die von Migrant:innen-Familien mit NRPF-Status entwickelt wurde. Dies ermöglichte Migrant:innen, selbst Lösungen für die Probleme zu erarbeiten, mit denen sie konfrontiert sind. Dadurch wurde den Sanctuary-Initiativen im ganzen Land vor Augen geführt, wie wichtig es ist, Geflüchtete und Migrant:innen vor Ort in den Mittelpunkt der Bewegung zu stellen und ihnen die Gelegenheit zu geben, ihre politische Handlungsfähigkeit wiederzuerlangen.

## Die Reaktion der Bezirksverwaltung: Eine spezialisierte Einwanderungsberatung

Infolge der Kampagne beauftragte die Bezirksverwaltung eine spezialisierte Einwanderungsberatung für Antragsteller:innen bezüglich des Abschnitts 17 des Kinderschutzgesetzes im Stadtbezirk. Diese Initiative finanziert einen Vollzeit-Anwalt für Einwanderungsfragen und eine Teilzeit-Assistenz in einem örtlichen Beratungszentrum. Das Projekt unterstützt nicht nur Migrant:innen ohne Papiere bei der Legalisierung ihres Status, sondern beantragt auch beim Innenministerium die Aufhebung der NRPF-Bedingungen für Familien mit Aufenthaltstitel. Dadurch gibt es in Lewisham weniger Familien, die Unterstützung nach Abschnitt 17 erhalten, da sie nun Zugang zu öffentlichen Mitteln haben. Einem kürzlich erschienenen Bericht der South London Refugee Association zufolge konnte die Stadtverwaltung durch dieses Projekt in einem Jahr schätzungsweise 384.000 Pfund einsparen. Die Stadtverwaltung von Lewisham gilt anderen lokalen Behörden nun als Modell dafür, wie eine kostenlose Einwanderungsberatung Migrant:innen vor Ort dabei unterstützen kann, ihre Rechte wahrzunehmen und gleichzeitig die Ausgaben der Behörden im Zusammenhang mit Abschnitt 17 zu reduzieren.

## 3.2 Kampf gegen die Gebühren für die Gesundheitsversorgung von Migrant:innen

*Lewisham Borough of Sanctuary hat auch undokumentierte Migrant:innen unterstützt, für deren Gesundheitsversorgung hohe Gebühren erhoben werden. Dies war ein Aspekt des 'Hostile-Environment', der trotz seiner nachteiligen und manchmal tödlichen Auswirkungen relativ wenig Aufmerksamkeit erhielt.*

### Das Problem: Unzugängliche Gesundheitsversorgung für Migrant:innen ohne Papiere

Mit dem Zuwanderungsgesetz 2014 wurden Kostenregelungen für die staatliche Krankenversicherung NHS für Migrant:innen ohne Papiere eingeführt. Dazu gehört, dass Fehl- oder Totgeburten als 'komplizierte' Eingriffe in Rechnung gestellt werden und **Frauen 12.000 Pfund** – doppelt so viel wie beim regulären Tarif – zahlen müssen. Dies hat zu einer

enormen Verschuldung von Migrant:innen ohne Papiere geführt, was sich auch nachteilig auf ihre künftigen Aufenthaltsanträge in Großbritannien auswirken kann.

Es sind zahlreiche landesweite Kampagnen gegen die Kostenregelung für Migrant:innen entstanden, darunter **Docs not Cops** und **Keep Our NHS Public**, und es gab lokale Krankenhauskampagnen sowohl in London als auch im ganzen Land, an denen sich Personal und Patient:innen beteiligten. Lewisham hat durch seine Kampagne gegen die Missstände beim Lewisham and Greenwich NHS Trust (LGT) einen wichtigen Beitrag zu dieser Bewegung geleistet.

Der LGT verwaltet das University College Hospital Lewisham und war eine der ersten großen Trägergesellschaften, die damit begann, aggressiv Migrant:innen, die keinen Anspruch auf kostenlose medizinische Versorgung haben, zu identifizieren und Forderungen zu stellen. Eine der Strategien bestand darin, **Patient:innen Daten ohne Zustimmung an eine Auskunftei weiterzugeben**, um den rechtmäßigen Aufenthaltsort festzustellen und damit Anspruch auf eine kostenpflichtige medizinische Versorgung zu erheben. Der Träger ist außerdem für die hohe Zahl seiner Patient:innen mit Migrationsgeschichte bekannt, die **wegen rückständiger Gebühren per Inkassounternehmen unter Druck gesetzt** wurden.

Diese Praktiken hatten eine äußerst negative Auswirkung auf die undokumentierten Personen in Lewisham, da sie **manche Menschen davon abhielten, medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen** und andere dazu brachten, sich auf die Suche nach freundlicheren Krankenhäusern in ganz London zu machen. Als Reaktion darauf schlossen sich zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen zusammen, um dagegen vorzugehen, darunter das Lewisham Refugee & Migrant Network (LRMN), Lewisham Citizens und vor allem die **Save Lewisham Hospital Campaign (SLHC)**.

## Die Kampagne: Druck auf die Bezirksverwaltung

Die SLHC begann ihre Arbeit im Jahr 2012, als sie erfolgreich die von der Regierung geplante Schließung der Entbindungs- und Kinderabteilung des Krankenhauses verhinderte. Seitdem hat die Gruppe ihre Arbeit zu anderen Aspekten der Gesundheitsversorgung fortgesetzt. Im Mai 2019 wies sie auf die ungerechte und teilweise rechtswidrige Vorgehensweise des Unternehmens bei der Abrechnung von Migrant:innen hin. Auch hier bot das Lewisham Migration Forum eine wichtige Plattform, um der Bezirksverwaltung diese Anliegen zu vermitteln. Das Lewisham Migration Forum richtete eine Arbeitsgruppe für 'Migrantengebühren' ein, und die Bezirksverwaltung veranstaltete daraufhin eine Ratssitzung mit der Trägergesellschaft. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie die Bezirksverwaltung umgehend auf die Anliegen reagierte.

Infolge des gebündelten Drucks stimmte die Trägergesellschaft zu, eine Untersuchung einzuleiten. Diese wird von einem unabhängigen Gremium geleitet, an dem auch Organisationen des gemeinnützigen Sektors, wie LRMN, beteiligt sind. Ziel der Untersuchung ist es, die Überprü-

fungs- und Abrechnungspraktiken der Trägergesellschaft gegenüber ausländischen Personen zu untersuchen und deren Auswirkungen auf Mitarbeiter:innen und Patient:innen zu verstehen. Das Ergebnis wird ein öffentlicher Bericht sein, der einen anderen Weg für das Krankenhaus aufzeigt, wie die Auswirkungen der Gebührenpolitik für Migrant:innen abgemildert werden können. Insgesamt wird die Untersuchung nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Status von Lewisham als Sanctuary-Bezirk leisten, sondern auch zur landesweiten Bewegung gegen die Gebührenerhebung für Migrant:innen, da es das erste Mal ist, dass ein NHS-Trust im Vereinigten Königreich eine Untersuchung dieser Art durchführt:

**„Krankenhäuser haben noch nie eine Untersuchung mit einem unabhängigen Leitungsgremium durchgeführt, die Kampagnen und Freiwilligenorganisationen einbezieht und deren Ergebnisse veröffentlicht werden sollen. Normalerweise wird das Ganze totgeschwiegen und die Vorgehensweisen nicht öffentlich verurteilt.“**

Interview mit einem Mitglied der LMF-Arbeitsgruppe für 'Migrantengebühren'

**„Wir hoffen, dass die Ergebnisse dieser Untersuchung auf nationaler Ebene genutzt werden und Druck auf die Regierung aufbauen können. Wir erkennen an, dass die Gebührenpolitik des Krankenhauses auf die Politik des 'Hostile-Environment' gegenüber Migrant:innen zurückzuführen ist. Die Regierung versucht, Migrant:innen als Sündenbock darzustellen, um die enormen Kürzungen von bis zu 30 Prozent zu vertuschen, die sie in den letzten zehn Jahren beim NHS vorgenommen hat.“**

Interview mit der Save Lewisham Hospital Campaign

Darüber hinaus widmete sich die Immigration Action Group an der St. Mary's Primary School (siehe Abschnitt 3.1), die sich direkt gegenüber dem Krankenhaus befindet, nun auch den Gebühren für Migrant:innen. Ähnlich wie bei ihrer NRPF-Kampagne suchten sie nach praktischen Verbesserungen, die das Krankenhaus sofort umsetzen kann, damit die Einwohner:innen von Lewisham nicht quer durch London fahren müssen, um behandelt zu werden. Dieses Projekt entsteht noch, während die Schüler:innen der St. Mary's Primary School, die sich ebenfalls an dieser Initiative beteiligen, schon Aktionen organisiert haben. Im Dezember 2020 schickten sie Weihnachtskarten an die Rechnungsabteilung der Trägergesellschaft, in denen sie darum baten, ihren Eltern keine Kosten in Rechnung zu stellen. Die Schule, die in den letzten zwei Jahren das Zentrum der Kampagnenarbeit in Lewisham war, bewirbt sich nun um den Sanctuary-Status.

### 3.3 Unterstützung von Einwohner:innen während der Covid-Pandemie

Während der Covid-Pandemie begann das Innenministerium, 200 Asylsuchende in einem 'Asyl-Hotel' in Lewisham unterzubringen. Lewisham Refugee & Migrant Network (LRMN), Action For Refugees In Lewisham (AFRIL) und **Greenwich Refugee Aid & Community Enterprise (GRACE)**, die eng mit Asylsuchenden in der Region zusammenarbeiten, erhielten Berichte über extrem schlechte Zustände, Vernachlässigung, Informationsmangel und erschwerten Zugang zu den wichtigen Diensten in der Region.

#### Das Problem: Schlechte Lebensbedingungen und fehlende Informationen

Die Organisationen bildeten eine spezielle 'Asyl-Hotel'-Arbeitsgruppe im Rahmen des Lewisham Migration Forum (LMF) und setzten die Bezirksverwaltung über die wichtigsten Anliegen in Kenntnis. Die Arbeitsgruppe betonte die Bedeutung von Bedarfsermittlungen unter den Bewohner:innen des Hotels sowie einer behördenübergreifenden Arbeitsgruppe, die sich gemeinsam mit diesen Bedürfnissen befassen sollte. Der Bezirksrat reagierte schnell und ermöglichte AFRIL die Durchführung von Bedarfsanalysen per Telefon. Es stellte sich heraus, dass die meisten Bewohner:innen kaum Informationen zu örtlichen Hilfsangeboten für Migrant:innen wie Rechtsberatung oder Gesundheitsversorgung hatten. Nur sehr wenige Bewohner:innen waren ordnungsgemäß bei Arztpraxen registriert, obwohl Migrant Help, eine landesweite Wohltätigkeitsorganisation, die vom Innenministerium mit der Unterstützung bei der Unterbringung von Asylsuchenden beauftragt wurde, behauptete, den Bewohner:innen dabei zu helfen.

#### Die Lösung: verbesserter Zugang

Die Arbeitsgruppe forderte daraufhin Migrant Help und das Innenministerium auf, in der Umgebung des Hotels Aushänge mit Informationen über die zahlreichen lokalen Unterstützungsdienste für Asylsuchende in Lewisham anzubringen und außerdem das Ankunfts paket um diese Informationen zu ergänzen. Überdies luden sie die örtlichen Arztpraxen und die NHS South East London Clinical Commissioning Group zu einem trägerübergreifenden Treffen ein und übten damit weiter Druck auf Migrant Help aus, ihrer Verantwortung gegenüber den Bewohner:innen des Hotels gerecht zu werden. Die interdisziplinäre Gruppe konnte dieses Problem relativ schnell lösen, indem sie Migrant Help über die kostenlose Gesundheitsversorgung und die Registrierungsverfahren in der Region informierte. Hier zeigt sich, wie wichtig es ist, dass die Bezirksverwaltungen die verschiedenen Dienstleistungsanbieter:innen in ihren Einzugsgebieten einbinden, damit relativ einfache Probleme nicht zu unverhältnismäßig negativen Ergebnissen für die Einwohner:innen führen. Sie regten auch an, Mobiltelefone bereitzustellen, damit Informationen zu Gesundheitsdiensten leichter auffindbar und angesichts der Einschränkungen durch die Pandemie besser zugänglich sind.

Sowohl Migrant Help als auch der private Anbieter der Unterkunft stimmten diesem Vorschlag zu.

Ein weiteres Problem, das die Bewohner:innen des Hotels ansprachen, war die Verpflegung. Neben Beschwerden über die mangelnde Qualität und Vielfalt fanden viele Eltern, dass das Essen für ihre Kinder ungeeignet war. Es war oft zu scharf, und das Frühstück wurde serviert, nachdem die Kinder bereits zur Schule gegangen waren. Außerdem erhielt keines der Kinder während der Schulzeit eine kostenlose Schulspeisung, was bedeutete, dass sie nur einmal am Tag aßen. Auch dieses Problem übermittelte das Lewisham Migration Forum der Bezirksverwaltung, Migrant Help und dem Innenministerium.

**„Letztes Jahr haben wir eine Kampagne für kostenlose Schulmahlzeiten durchgeführt, und die Bezirksverwaltung stimmte zu, mit ihrem Haushalt allen Kindern unabhängig vom Aufenthaltsstatus Mahlzeiten bereitzustellen. Im Grunde ging es also darum, dass auch die Kinder aus dem Asyl-Hotel Schulspeisung erhielten.“**

Interview mit einem Mitglied der LMF Asylum Seekers Working Group

Auf Wunsch der Eltern gibt es jetzt eine kinderfreundlichere Speisenauswahl, und die Bezirksverwaltung wurde an ihre Verpflichtung erinnert, allen Kindern in Lewisham, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, im Rahmen seiner 'Sanctuary'-Verpflichtung von 2019 eine kostenlose Schulspeisung anzubieten. Obwohl es einige Hürden zu überwinden gab, bis alle Schulen die Botschaft erhalten hatten, zeigt dieser Erfolg bei der Umstellung des Essensangebots im Hotel die Wirksamkeit des Arbeitsgruppenformats sowie die Bedeutung des Sanctuary-Status als Mittel für zivilgesellschaftliche Organisationen, die Bezirksverwaltung in die Pflicht zu nehmen. Die Arbeitsgruppe hält all diese Themen auch in einer gemeinsamen Datenbank fest, um die Entwicklung der Dienstleistungen für Asylsuchende im Bezirk zu erfassen.

## 4. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

---

- ◆ Lewisham feierte am 20. Juni 2023 den Weltflüchtlingstag, indem es die 100. geflüchtete Familie im Bezirk aufnahm und damit sein Engagement für eine solidarische, lokale Aufnahmepolitik unter Beweis stellte. Der Lewisham Council (Bezirksrat) hat sich darüber hinaus dazu verpflichtet, in den nächsten zehn Jahren 100 unbegleitete minderjährige Asylbewerber:innen aufzunehmen.<sup>1</sup>
- ◆ Das 'Lewisham Refugee and Migrant Network' engagiert sich weiterhin aktiv für die Aufnahme und Inklusion von Geflüchteten und Migrant:innen. In den Jahren 2021/22 haben sie während den Kommunalwahlen besonders viel Advocacy-Arbeit geleistet, um Einfluss auf die Wohnungs-, Gesundheits- und Asylpolitik zu nehmen. Gemeinsam mit dem Bezirk will das Netzwerk seine Kampagnen auf die nationale Agenda bringen.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> <https://lewisham.gov.uk/mayorandcouncil/community-support/refugees/borough-of-sanctuary>

<sup>2</sup> [https://www.lrmn.org.uk/wp-content/uploads/2023/01/LRMN-Impact-Report-21\\_2022-www-final.pdf](https://www.lrmn.org.uk/wp-content/uploads/2023/01/LRMN-Impact-Report-21_2022-www-final.pdf)

---

**Moving Cities** bietet eine eingehende Untersuchung der Strategien von solidarischen Städte aus Europa und erforscht ihre inspirierendsten und erfolgreichsten Ansätze für eine fortschrittliche Migrationspolitik. Weitere Städteberichte auf: [www.moving-cities.eu](http://www.moving-cities.eu)

Mehr über das Projekt und seine Finanzierung auf der Website: <https://moving-cities.eu/about>

---